

/// Der General bittet zur Wahl

ALGERIEN IST IN BEWEGUNG

MARTIN PABST /// Die erste Welle des „Arabischen Umbruchs“ 2011 verebbte oder mündete in desaströse Bürgerkriege. Acht Jahre später machen gerade jene Staaten mit neuen Massenprotesten von sich reden, die 2011 nur begrenzte Demonstrationen erlebten. In Algerien und dem Sudan wurden 2019 jahrzehntelang amtierende Staatspräsidenten gestürzt, im Libanon und im Irak mussten die Premierminister zurücktreten. In Algerien, dem „Land der Wütenden“¹, hat der Umbruch begonnen, doch eine neue Ordnung ist noch nicht absehbar.

Algerien schien wie ein unerschütterlicher Fels in der Brandung. Seit 1999 regierte Staatspräsident Abd al-Aziz Bouteflika, der frühere Außenminister und Veteran des Kampfes gegen die Franzosen. Hinter ihm standen die Armee und die mächtige frühere Einheitspartei Front de libération nationale (FLN), die ihre Legitimität aus jenem opferreichen Befreiungskrieg herleiteten, außerdem weitere regierungsnahen Parteien sowie mit der Regierung verbundene Unternehmer.

Frankreich machte mit seinen früheren Gegnern gute Geschäfte und identifizierte

das 2,38 Mio. km² große und heute ca. 43 Mio. Einwohner zählende Land als sicherheitspolitischen Puffer gegen Libyen und den Sahel. 2012 schloss man ein Kooperationsabkommen. Paris setzte auf die vertrauten Eliten und befürchtete politische Veränderungen, die den Migrationsdruck erhöhen konnten.

Regelmäßige, wenngleich nicht nachprüfbar Wahlen und eine vergleichsweise großzügige Medienfreiheit boten den Algeriern Ventile für Kritik. Dank des Öl- und Gasreichtums und hoher Energiepreise konnte aufkommende Unzufriedenheit mit Gehaltserhöhungen



Quelle: RYAD KRAMDI / Contributor / Getty Images

Die jungen Algerier hoffen auf einen echten Generationenwechsel in der politischen Führung.

im Staatsdienst und Subventionen auf Güter des täglichen Bedarfs beruhigt werden. Im Jahr 2010 versilberte Staatspräsident Bouteflika die erheblichen Devisenreserven und stieß einen Fünfjahresplan (2010-2014) in Höhe von 286 Mrd. USD an. Damit wurden der großzügige Ausbau des Straßen- und Schienennetzes bzw. der Strom- und Wasserversorgung sowie der Wohnungsbau und Investitionen im Gesundheitsbereich angestoßen. Diese Sektoren waren vernachlässigt worden, und die Probleme hatten sich durch das jährliche Bevölkerungswachstum von durchschnittlich 1,8 % (1995-2019) verschärft.

Verschiedene Ursachen waren für die politische Passivität der Bürger verantwortlich. So waren viele Algerier konfliktscheu angesichts eines Befreiungskrieges (1954-1962) mit hunderttausenden Toten und eines brutalen

Bürgerkriegs zwischen Militär und militanten Islamisten (1991-2002) mit an die 150.000 Toten. Viele Bürger fürchteten „libysche“ oder „syrische“ Verhältnisse und begrüßten Stabilität, wurden in dieser Haltung natürlich auch von ihrer Regierung bestärkt.

Schließlich war es in Algerien gar nicht so einfach, gegen jemanden zu protestieren. Staatspräsident Bouteflika war kein Diktator vom Schlage eines Ben Ali in Tunesien oder Gaddafi in Libyen. Er

Vergangene Kriege schürten den Wunsch der Algerier nach politischer STABILITÄT.

war 1999 vom Militär eingesetzt worden, aufgrund einer früheren Korruptionsaffäre möglicherweise erpressbar und damit in gewisser Weise zivile Staf-fage, wenngleich er und seine Entourage ihren Einfluss und ihre Pfründe allmählich erweitern konnten. Weil Bouteflika den desaströsen Bürgerkrieg 2002 beendete und den massiven Einfluss des Militärs einschränkte, genoss er in der ersten Hälfte seiner Präsidentenzeit sogar eine gewisse Zustimmung.

Die eigentliche Macht hielt sich im Hintergrund – „le pouvoir“ nennen die Algerier jenes nebulöse Netzwerk aus Generälen, Großunternehmern und einflussreichen Familien, dessen genaue Strukturen nur ansatzweise bekannt sind und das sich schamlos am Volkseigentum bereichert. Die große Linie wird gemeinsam entschieden, doch rivalisierenden Klans wie der von Bouteflika angeführten „Oujda Clan“ oder der „Clan de l’Est“.

Die Islamisten, die in anderen arabischen Ländern über effiziente Mobilisierungsinstrumente und beträchtlichen Rückhalt verfügen, sind in Algerien kein vergleichbarer Faktor. Denn aufgrund der Gewaltexzesse militanter Islamisten im Bürgerkrieg sind sie bei vielen Bürgern diskreditiert. Zudem ist die Bewegung zersplittert: Die Front islamique du salut (FIS), erdrutschartige Wahlsiegerin im ersten Wahlgang 1991 vor dem Staatsstreich des Militärs, wurde verboten, ihre Führer sitzen im Gefängnis, sind ins Ausland geflüchtet oder haben der Politik „geläutert“ den Rücken gekehrt. Militante Gruppierungen wurden weitgehend niedergekämpft bzw. sind in die Sahelzone ausgewichen. Ihre letzten Kämpfer werden in entlegenen Zipfeln der kabyllischen Berge als Rechtfertigung für die exorbitanten Befugnisse

der Sicherheitskräfte geduldet und eingeeht. Die legalen Islamisten haben sich – mit tatkräftiger Förderung durch die Regierung – in diverse Parteien zersplittert. Den stärksten Zulauf hat inzwischen der unpolitische Salafismus. Er wird von der Regierung toleriert, denn die gut überwachten Bärtigen in frommen Nischenmilieus stellen das System nicht infrage.

Die letzten Jahre hatte der **UNPOLITISCHE** Salafismus in Algerien den stärksten Zulauf.

Frustrierte arbeitslose Jugendliche aus den Unterschichten haben sich in Parallelgesellschaften zurückgezogen, halten sich als hitstes („Mauersteher“) mit Gelegenheitsarbeiten und Schwarzhandel über Wasser oder suchen ihr Glück als harragas („Verbrenner“ ihrer Pässe) in der riskanten Migration nach Europa. Der dramatische Legitimitätsverlust des Staates unter Jugendlichen zeigt sich in Aussagen wie der folgenden: „Die Regierung tut nichts für uns. Sie gibt dir keine Arbeit. Und wenn du eine hast, wirst du ausgenutzt. Du hast keine Rechte. Arbeitest hart, verdienst nichts. Aber du hast ja keine Wahl. Diese Jugend ist verloren. Keine Hoffnung, keine Zukunft. Die Jugendlichen sind depressiv, nehmen Drogen, Alkohol, um zu vergessen – und um vom Glück zu träumen. [...] Ich will ins Boot. Nach Europa: nach Frankreich, Italien, Barcelona oder Deutschland!“²

Der Energiereichtum kommt der breiten Bevölkerung nicht zugute. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 17 %, unter Jugendlichen gar bei 50 %. Im Januar 2011 führten Preiserhöhungen zu anwachsenden Protesten, wie in Tunesien kam es zu Selbstverbrennungen. Doch ab Mai diesen Jahres konnte die Regierung die Demonstrationen mit einer Mischung aus „Zuckerbrot und Peitsche“ eindämmen. Unterschichten, zivilgesellschaftliche Aktivisten und Oppositionelle fanden nicht zusammen. Die kritische Masse für eine systemgefährdende Protestbewegung war nicht gegeben.

Warum hat sich die Lage acht Jahre später geändert? Im Wesentlichen sind zwei Ursachen verantwortlich: Der Fall der Energiepreise und das Scheitern der regierenden Eliten, den Generationswechsel zu managen.

Erdgas und Öl machen in Algerien etwa 60 % der Staatseinnahmen und 95 % der Exporteinnahmen aus. Gerade für die Südschiene der Europäischen Union ist Algerien ein wichtiger Lieferant. So bezieht Frankreich von dort 10 % seines Erdgasbedarfs und 8,5 % seines Ölbedarfs. Andere Sektoren der algerischen Wirtschaft wurden sträflich vernachlässigt, von Importlizenzen ausländischer Waren profitieren gerade regierungsnahe Unternehmer. Auch am Tourismus zeigte man, anders als Tunesien und Marokko, kein Interesse, son-

dern schottete sich mit hohen Visahürden vor Besuchern ab.

Ab 2002 stieg der internationale Ölpreis steil an und erreichte im Juli 2008 ein Rekordhoch von 147 USD pro Fass der Sorte Brent. Nach dem Einbruch im Zuge der Weltfinanzkrise stieg er zum 20. Juni 2014 wieder auf 114,55 USD, um dann am 18. Januar 2016 auf ein ungeahntes Tief von 28,55 USD pro Fass zu fallen. Die Gaspreise lehnen sich an den Ölpreis an und nahmen eine ähnliche Entwicklung. Zwar hat sich der Ölpreis zum 5. Dezember 2019 wieder auf 65,67 USD erholt, doch sind die Mittel des Staates für Investitionen und Dienstleistungen massiv geschrumpft. Sparmaßnahmen mussten eingeleitet werden, die die ärmere Bevölkerung und die untere Mittelschicht hart treffen.

Zum anderen haben es die regierenden Eliten versäumt, den überfälligen Generationenwechsel umzusetzen. Sie beziehen ihre Legitimation aus dem Befreiungskrieg. Dies bedeutet, dass weiterhin die Generation der 65- bis 80-jährigen dominiert. Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika hatte 2014 das stolze Alter von 78 Jahren erreicht, Premierminister Abdelmalek Sellal war 66, Parlamentspräsident Mohamed Larbi Ould Khelifa 75, der Vorsitzende des Oberhauses Abdelkader Bensalah 72 und der Armeechef Ahmed Gaid Salah 74 Jahre alt. Jungen Algeriern bedeutet der Befreiungskrieg nicht mehr so viel wie ihren Eltern. Bestenfalls erkennen sie geschichtliche Leistungen an, sehen darin aber keine Legitimation für gegenwärtige Vorrechte.

Viele Algerier hofften, dass die regierenden Eliten die Präsidentschaftswahl von 2014 nutzen würden, um den Generationenwechsel umzusetzen. Sie setzten auf eine politische Dynamik zugun-

**Erdgas und Öl machen an die 95 %
der **EXPORTEINNAHMEN** aus.**

ten jüngerer, reformorientierter Politiker. Doch wurde der von drei Schlaganfällen gezeichnete Abd al-Aziz Bouteflika wieder als Kandidat des mächtigen FLN ins Rennen geschickt. Nach offiziellen Angaben gewann er angeblich 81,53 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 51,7 % – der bisher schlechtesten überhaupt. Doch hielten Beobachter vor Wahllokalen allenfalls eine Beteiligung von 20 % bis 30 % für wahrscheinlich. Die Wahlkommission hatte keineswegs unabhängig agiert; internationale Wahlbeobachter waren nicht zugelassen worden.

Abd al-Aziz Bouteflika war mit dem Rollstuhl ins Wahllokal geschoben worden. Mit großer Mühe murmelte er die Vereidigungsformel. Seit seiner Wiederwahl 2014 absolvierte er keine öffentlichen Auftritte mehr und war kaum noch im Fernsehen zu sehen. Immer öfter musste er sich zu medizinischen Behandlungen nach Frankreich begeben. Zunehmend war unklar, wer eigentlich regierte – ein Kandidat war der wegen seiner Machenschaften besonders unbeliebte jüngere Bruder und Präsidentenberater Saïd Bouteflika.

Über die Hälfte der Algerier sind unter 30 Jahre. Sie betrachten den Zustand ihres Landes als Provokation. Die Gerontokratie symbolisiert für sie Entscheidungsschwäche und Perspektivlosigkeit und beleidigt die nationale Würde.

2014 war noch nicht genug: Nach langen Spekulationen über einen möglichen Nachfolger kündigte der offenkundig nur noch eingeschränkt amtsfähige, 82-jährige Staatspräsident am 10. Februar 2019 an, bei den Wahlen am 18. April 2019 für eine fünfte Amtsperiode zu kandidieren. Entweder hatten die mächtigen Eliten dabei versagt, sich auf einen Nachfolgekandidaten zu einigen, oder sie wollten den überfälligen Generationenwechsel noch einmal hinausschieben. Wahrscheinlich traf beides zu.

Die Ankündigung löste am 22. Februar landesweite Proteste mit hunderten Demonstranten aus, derweil Bouteflika zur erneuten medizinischen Behandlung nach Genf reiste. Auch die teilweise Abschaltung des Internets konnte die Volksbewegung nicht stoppen. Oppositionskandidaten zogen nun ihre Bewerbung zurück bzw. forderten dazu auf, die Wahl zu boykottieren.

Der Druck auf den Staatspräsidenten nahm zu. Dieser (bzw. dessen Entourage) versuchte zu lavieren, indem er am 11. März nach einem Gespräch mit dem Generalstabschef und stellvertretenden Verteidigungsminister Ahmed Gaïd Salah zwar auf eine erneute Kandidatur verzichtete, aber seine bestehende Amtszeit durch Einberufung einer „Nationalkonferenz“ auf juristisch fragwürdige Weise unbefristet verlängern wollte.

Schließlich trat am 26. März General Salah an die Öffentlichkeit. Der bisherige Bouteflika-Vertraute drohte mit einem Enthebungsverfahren gemäß Artikel 102 der Verfassung wegen Amtsunfähigkeit. Am 29. März wurden die bislang größten Demonstrationen registriert. Allein in der Hauptstadt Algier gingen viele hunderttausende Demonstranten auf die Straße, vielleicht sogar

Die junge Bevölkerung wird von einer weitaus älteren **GENERATION regiert.**

1 Million. Das Militär griff nicht ein, sondern solidarisierte sich mit den von General Salah als „legitim“ bezeichneten Forderungen des Volkes.

Abd al-Aziz Bouteflika bildete am 31. März eine neue Regierung unter Premierminister Noureddine Bedoui, die ein weites politisches Spektrum abdecken sollte und nur noch sechs bisherige Minister enthielt. Am 1. April gab er bekannt, spätestens bis Monatsende zurückzutreten, doch bereits einen Tag später musste er sein Amt mit sofortiger Wirkung quittieren. Die Demonstranten jubelten, doch gingen ihnen diese Schritte nicht weit genug. Sie forderten den grundständigen Umbau des korrupten politischen Systems. „Yetnahaw Gaa!“ (Sie müssen alle gehen!) ist einer der populärsten Slogans.

Am 2. April 2019 trat der Präsident aufgrund heftiger **PROTESTE und auf Druck des Militärs zurück.**

Inzwischen bezeichneten sich die Demonstranten als „Hirak“, was auf Arabisch „Bewegung“ heißt. Jeden Freitag und an vielen Dienstagen haben sie seit Februar landesweit protestiert. Sie repräsentieren einen breiten Querschnitt der Bevölkerung: Junge, Mittelalte und Alte, Unterschichten, Mittelständler und Akademiker, Männer und Frauen, Araber und Berber. Häufig ziehen Familien gemeinsam durch die Straßen. Auch Berufsverbände wie Vereinigungen von Ärzten, Rechtsan-

wälten oder Professoren treten geschlossen auf.

Zum Einlenken Bouteflikas hatten Gespräche mit dem früheren algerischen Botschafter und UNO-Spitzendiplomaten Lakhdar Brahimi beigetragen. Dieser rief seine Landsleute zu Geduld auf – Algerien könne einen radikalen Wandel nicht ohne erfahrene Kräfte bewältigen. Ansonsten drohe Chaos.

Möglicherweise hatte das Bouteflika-Lager noch versucht, durch einen Staatsstreich an der Macht zu bleiben. Denn gut einen Monat später, am 4. Mai, wurden der Präsidentenbruder Saïd, bald darauf die ihm nahestehende trotzkistische Politikerin Louisa Hanoune und die früheren Geheimdienstchefs Athmane Tartag und Mohammed Médiène alias „Toufik“ wegen „Verschwörung gegen den Staat“ festgenommen. Letzterer hatte von 1990 bis 2015 als gefürchtete graue Eminenz mit brutalen Mitteln jedwede Opposition unterdrückt. Sie sollen geplant haben, durch Ausrufung des Ausnahmezustands die Protestbewegung niederzuschlagen, General Salah abzusetzen und den früheren Staatspräsidenten General a. D. Liamine Zéroual ins Präsidentenamt zu hieven. Zéroual sagte aus, dass er von Médiène angesprochen worden sei, aber abgelehnt habe. Im September wurde das Quartett zu je 15 Jahren Haft verurteilt.

Das Eingreifen von Armeechef Salah wurde von der Hirak zwiespältig beurteilt. Einerseits führte es zum Rücktritt des verhassten Staatspräsidenten, andererseits erinnerte dieser nicht verfassungsmäßige Schritt unheimlich an frühere Einmischungen der Armee – 1965 und 1991 hatte das Militär Staatsstrieche verübt. Ein Slogan der Demonstranten lautete daher: „Weder

ein Königreich noch eine Kaserne!“ Man fürchtet das „Ägyptische Modell“, d.h. die indirekte Machtübernahme des Militärs mit einem Staatspräsidenten aus dessen Reihen in einer gelenkten Demokratie. Andererseits trennen die Demonstranten klar zwischen der Armeeführung und der Armee, wenn sie zum Beispiel skandieren: „el djeisch, esh-shaab – khawa, khawa!“ (die Armee und das Volk sind Brüder!). In der Tat sympathisieren viele Wehrpflichtige und auch jüngere Offiziere mit den Zielen der Hirak.

Die Demonstranten forderten nun einen Rücktritt der verbliebenen „drei B“ – des Oberhausvorsitzenden und damit Interimspräsidenten Abdelkader Bensalah, des Interimspremierministers Nouredine Bedoui und des Verfassungsratsvorsitzenden Tyeb Beläiz. Auch lehnten sie die auf den 4. Juli angesetzte, rasche Wahl ab – zunächst müsse eine neue Verfassung erarbeitet und angenommen werden, erst dann könnten freie und faire Wahlen stattfinden.

Risse im Verhältnis zwischen General Salah und der Protestbewegung deuteten sich Mitte April an, als der Armeechef drohte, dass sich das Militär „alle Optionen“ zur Lösung der Krise vorbehalte. Die Zeit laufe aus.

Mit Verhaftungen von mutmaßlich korrupten Unternehmern und Politikern aus dem Umfeld des Bouteflika-Lagers sollten die Demonstranten beschwichtigt werden. Ende März attackierte Armeechef Salah die Umgebung von Abd al-Aziz Bouteflika als „Bande“, und umgehend erwischte es den Bauunternehmer Ali Haddad, einen dreisten Günstling von Saïd Bouteflika. Im April wurden die im Ingenieursektor von vielen lukrativen Staatsaufträgen profitierenden Kouninef-Brüder und der reichs-

te Mann des Landes Izzad Rebrab (Vorstand des Stahl-, Elektronik- und Nahrungsmittel-Konglomerats Cevital) wegen Verdachts auf Korruption, Veruntreuung von Staatsgeldern und anderen Vorwürfen verhaftet. Im Juni waren die früheren Premierminister Ahmed Ouahiya und Abdelmalek Sellal, ehemalige Minister sowie weitere Unternehmer an der Reihe.

Durch **VERHAFTUNGEN** von korrupten Politikern sollten die Massenproteste eingedämmt werden.

Die Hirak begrüßte das Vorgehen grundsätzlich, kritisierte jedoch die fehlende Unabhängigkeit der Justiz und forderte grundständige Reformen. In der Tat war die Verhaftung prominenter Günstlinge noch keine Wegmarke der Demokratisierung. Die Armee beglich damit alte Rechnungen und machte wieder deutlich, wer das eigentliche Sagen im Land hat. Auch wurde die systemische Korruption damit nicht ausgerottet. So sind viele Generäle „Importbarone“, d. h. sie verfügen über die exklusiven Lizenzen für die Einfuhr bestimmter Güter.

Die auf Initiative des Übergangspräsidenten Bensalah angebotene „Unabhängige Kommission für Nationalen Dialog und Vermittlung“ konnte ihre Arbeit nicht entfalten. Die Hirak-Bewegung forderte als Vorbedingung die sofortige Freilassung politischer Gefange-

ner, doch General Salah legte sein Veto dagegen ein. Auch schloss er eine Verfassungsreform aus.

Der Wahltermin am 2. Juni wurde wieder abgesagt, zumal sich kaum geeignete Kandidaten zur Verfügung stellten. Doch beharrten Übergangsregierung und Militär nun auf einer Präsidentenwahl am 12. Dezember. Die Hirak rief zum Boykott auf, da dieser Schritt viel zu früh komme und keine Transparenz gewährleistet sei. In der Tat wurde zwar eine neue „Nationale Unabhängige Wahlbehörde“ gebildet, deren Leitung aber einem Repräsentanten des Systems übertragen, dem 73-jährigen früheren Justizminister Mohamed Charfi.

Bis in den September verhielten sich die Sicherheitskräfte zurückhaltend. Dann verschärfte General Salah das Vorgehen. So mobilisierte er die Gendarmerie, verbot Nichteinwohnern, in Algier zu demonstrieren und ging gegen Omnibus- und Fahrzeugbetreiber vor, die diese transportierten. Zunehmend erfolgten nun Verhaftungen. Schon Ende Juni war der bekannte 86 Jahre alte Kriegsveteran Lakhdar Bouregaa festgenommen worden, am 11. September wurde der Vorsitzende der nicht anerkannten Partei Union démocratique et sociale (UDS) verhaftet, wenige Tage später die bekannten Hirak-Aktivisten Samir Belarbi und Fodil Boumala, schließlich Karim Tabbou und Abdelouhab Fersaoui. Vorgeworfen wurde ihnen Schädigung der territorialen Integrität, des nationalen Interesses oder des Ansehens der Armee. Bis Ende November waren mindestens 200 Demonstranten und Journalisten inhaftiert.

Das Zeigen der Berberfahne hatte die Armee bereits im Juni verboten. Die

Berber (Amazigh) aus der Kabylei sehen sich benachteiligt und fordern eine Autonomie sowie die Anerkennung ihrer Sprache Tamazight als Amtssprache, nicht nur als Nationalsprache. Immer wieder haben sich dort Aufstände ereignet. General Salah ließ Demonstranten mit Berberfahnen festnehmen und äußerte: „Algierien hat nur eine Flagge, für die Millionen Algerier als Märtyrer gefallen sind.“³ Durch sein Vorgehen gegen angeblichen „Separatismus“ verschaffte er sich einerseits eine Legitimation zur Unterdrückung von Demonstrationen, andererseits versuchte er, Zwist unter den Demonstranten zu säen.

Die stolzen Algerier reagieren empfindlich auf äußere Einmischung. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hielt sich daher zurück, zumal an die 4 Millionen Menschen mit algerischen Wurzeln in Frankreich leben. Der inzwischen größte Wirtschaftspartner Algeriens ist China. Traditionell folgt Peking dem Prinzip der

**Demonstranten mit BERBERFAHNEN
ließ General Salah festnehmen.**

Nichteinmischung, doch es verfolgt aufmerksam die Entwicklungen. Die Sympathien liegen eher bei einer von den Sicherheitskräften gestützten Regierung, die Stabilität garantiert, als bei einem Regimewechsel mit unkalkulierbaren Veränderungen. Aus Saudi-Arabien, das in Ägypten die Machtüber-

nahme von General Abd al-Fattah as-Sisi unterstützt hat und in Libyen den starken Mann General Chalifa Haftar fördert, ist Respekt für die Armee und den Interimspräsidenten Bensalah zu hören, der einst Botschafter in Riad war. Die saudische Zeitung „Arab News“ warnte vor Destabilisierung und einer möglichen Instrumentalisierung der Lage durch die Muslimbruderschaft. Islamisten treten bei der Hirak jedoch nicht signifikant hervor.⁴

General Salah drohte jedem, der sich der Präsidentschaftswahl im Dezember in den Weg stellt, „eine gerechte und strenge, ja sogar abschreckende Strafe“⁵ an. Die Wahrung von Stabilität wurde zum Mantra des Armeechefs. Gegen die einflussreichen sozialen Netzwerke der Protestbewegung (z. B. das „Collectif des jeunes engagés“) wurden Trolle und Fake News eingesetzt. Gepriesen wurde die glorreiche Armee, man warnte vor Chaos, Spaltungsversuchen, angeblicher ausländischer (insbesondere französischer) Einflussnahme und beschuldigte die ganz überwiegend friedliche Protestbewegung angeblicher Gewalttaten.

Fünf Präsidentschaftskandidaten wurden zugelassen: Die beiden früheren Premierminister Abdelmadjid Tebboune (74 Jahre; Unabhängiger; im Amt 2017) und Ali Benflis (75 Jahre; Talaie-El-Houriyate-Partei; im Amt von 2000-2003), die beiden früheren Minister Az-zedine Mihoubi (60 Jahre; RND) und Abdelkader Bengrina (57 Jahre; Al Bina Al Watani-Partei) sowie der langjährige FLN-Funktionär und Gründer der Front El Mouktabal Abdelaziz Belaïd (56 Jahre).

Auf Demonstrationen wurden alle Kandidaten als Marionetten des Regimes denunziert, was freilich nicht ganz

zutrifft. Der einstige FLN-Politiker Benflis hatte schon 2003 Abd al-Aziz Bouteflika die Gefolgschaft aufgekündigt, sich für Menschenrechte und liberale Wirtschaftsreformen eingesetzt und war 2004 und 2014 erfolglos als Gegenkandidat angetreten, bei letzterer Wahl auch klar behindert worden. Als Berber aus Batna symbolisierte Benflis zudem die Diversität des Landes und setzte sich für den Dialog mit der Protestbewegung ein. Freilich war er mit 75 Jahren der älteste Kandidat.

Tebboune galt als der Mann von Armeechef Salah. Er suchte mit seiner einstigen Kritik an Günstlingen von Saïd Bouteflika zu punkten, die ihm nach nur drei Monaten das Premierministeramt gekostet hatte. Freilich war er lange Erfolgsmann des Staatspräsidenten gewesen und hatte dessen fünfte Kandidatur unterstützt. Tebboune versprach Stabilität und die Wiedergewinnung veruntreuter Gelder. Als Favorit der beiden großen Systemparteien galt der Kandidat des Rassemblement National Démocratique (RND) Mihoubi, dem Anfang Dezember auch die FLN ihre Unterstützung erklärte. Hinter ihm standen auch die Vereinigten Arabischen Emirate, zu denen er aus seiner Zeit als Kulturminister langjährige Beziehungen pflegte. Er sprach sich gegen Übergangsinstitutionen aus, hob die Bedeutung der Armee hervor und versprach Reformen.

**Trotz massiver Proteste
wurden **NEUWAHLEN** schon für den
12. Dezember organisiert.**

Belaïd ging mit einem nationalistischen Programm in die Wahl. Einziger islamistischer Kandidat war Abdelkader Bengrina von der kleinen Partei Al-Bina Al-Watani (Achtung! Volk!). Er entstammte der bedeutenderen Partei Mouvement de la société pour la paix (MSP). Diese zur Familie der Muslimbruderschaft zählende Parlamentspartei boykottierte die Wahlen. Bengrina behauptete einseitig, die Hirak-Bewegung zu repräsentieren, machte gegen Frankreich Stimmung und setzte sich für einen unnachsichtigen Kampf gegen Korruption ein. Auch sympathisierte er mit der Polygamie, um die „gefährliche“ Zahl alleinstehender Frauen zu reduzieren. Früher hatte er allerdings Abd al-Aziz Bouteflika unterstützt. Nicht wenige hielten ihn für einen „System-Islamisten“, denn die regierenden Eliten waren stets darauf bedacht, loyale Islamisten zu kooptieren.

Aufgrund der massiven Proteste mieden die Kandidaten die großen Städte und konzentrierten sich auf den ländlichen Raum. Mitunter wurden ihnen keine Räume zur Verfügung gestellt. Trotz Verboten, den Wahlkampf zu stören, versuchten Demonstranten immer wieder, die Kandidaten direkt zu konfrontieren. Dafür durften diese im Fernsehen auftreten: Erstmals in der Geschichte des Landes wurde am 8. Dezember eine – recht brave – TV-Debatte der Kandidaten ausgestrahlt.

In den letzten Tagen vor der Wahl wurde im Staatsfernsehen immer wieder Armeechef Salah gezeigt, wie er vor hohen Offizieren zu Ruhe und Ordnung aufrief und die Wahlteilnahme zur patriotischen Pflicht erklärte. Auch der Übergangsregierung las er wie einer Schulklassenlehrer die Leviten. Von den Kandidaten und ihren Programmen war im

Staatsfernsehen wenig, von der Protestbewegung praktisch nichts zu sehen.

Zwei Tage vor der Wahl wurde den Algeriern ein Spektakel geboten: Die ehemaligen Premierminister Ouahya und Sellal wurden vor laufenden Kameras wegen Schmiergeldzahlungen im Automobilsektor zu 15 bzw. 12 Jahren Haft und Geldstrafen verurteilt. Das Urteil sollte die Entschlossenheit von Armee und Übergangsregierung zur Korruptionsbekämpfung verdeutlichen.

Tebboune **GEWANN** die Präsidentschaftswahl bereits in der ersten Runde.

Bereits in der ersten Runde gewann der Kandidat des Militärs Tebboune mit absoluter Mehrheit. Ohne jede belastbare Datengrundlage hatte sein Team schon stolz verkündet, dass er mit 64 % gesiegt habe – das offizielle Ergebnis waren dann 58,2 %. Auf den zweiten Platz kam überraschend der Islamist Bengrina mit 17,4 %, auf den dritten Platz Benflis mit 10,6 %. Die letzten Plätze belegten Mihoubi mit 7,3 % und Belaïd mit 6,7 %. Die Wahlkommission stufte die Wahl als „frei und fair“ ein. Die Beteiligung lag nach offiziellen Angaben bei 39,9 % der registrierten Wähler, was angeblich „zufriedenstellend“ war. Damit wären es gut 10 % weniger als 2014 gewesen – nur jeder Dritte hätte demnach seine Stimme abgegeben.

Freilich konnte niemand unabhängig überprüfen, wie viele Wähler über-

haupt wahlberechtigt waren und inwieweit die Wählerliste aktualisiert worden war. Beobachter halten allenfalls ca. 20 % Wahlbeteiligung für wahrscheinlich. Auch gibt es Berichte über Betrug. So stürmten Demonstranten am Wahltag in Algier und in der Kabylei Wahllokale. Dort verkündeten die Demonstranten, Urnen mit vorausgefüllten Stimmzetteln erbeutet zu haben. Von den Vorgängen existieren auch Filmaufnahmen.

Die Demonstranten machten keinen Hehl aus ihrer Verachtung – sie riefen: „Die Abstimmung ist gefälscht – Eure Wahlen interessieren uns nicht und Euer Präsident wird uns nicht regieren“; „Keine Wahl mit den Banden – sie müssen alle eliminiert werden“ und „Tebboune ist schlimmer als Bouteflika“.⁶ Auch nach der Wahl gehen die Proteste weiter. Die Hirak muss nun freilich Führer und Strukturen präsentieren sowie konkrete inhaltliche Gegenentwürfe entwickeln.

Die Armeeführung hat ihre Geschlossenheit bewahrt und ist weiterhin der mächtigste Staat im Staat, kann sich nun aber nicht mehr hinter einer zivilen Fassade verstecken und riskiert den Verlust ihrer geschichtlich erworbenen Legitimität. Tebboune bot der Hirak den Dialog an. Hierfür müsste er signifikante Konzessionen wie die Freilassung von politischen Gefangenen und die Gewährung uneingeschränkter Medienfreiheit machen. Offen ist, ob Tebboune den notwendigen Freiraum haben wird, um die Rolle eines Mittlers zwischen System und Protestbewegung zu übernehmen, und ob er dies auch will.

Die Armeeführung hat drei Optionen: Sie kann auf das Management des Status Quo setzen und nach bewährtem Muster auf die Kooptierung von

Gegnern und ein allmähliches Auslaufen der Protestbewegung hoffen, sie kann die Wahl als Legitimation für eine gewaltsame Niederschlagung der Proteste nutzen und sie kann Wege suchen, aus einer Position der Stärke einen neuen Gesellschaftsvertrag auszuhandeln. Dies würde angesichts der massiven Abwendung breiter Volksschichten und der fortschreitenden Überalterung der Regierungseliten langfristig die größte Stabilität versprechen. Sollte es jüngeren Offizieren gelingen, in die höchsten Generalsränge aufzusteigen, würde letztere Option wahrscheinlicher. Der Generationswechsel steht auch hier bevor – ein Paukenschlag war der überraschende Herztod des 79-jährigen Ar-

Die aktuelle Regierung hat die Chance, einen neuen **GESELLSCHAFTS-VERTRAG auszuhandeln.**

meechefs und starken Mannes, General Salah, nur 11 Tage nach der Präsidentschaftswahl. Nachfolger ad interim ist der ihm nahestehende Generalmajor Said Chengriha, der bisherige Heereskommandant. Bemerkenswert ist, dass er als erster Armeechef einer Generation entstammt, die nicht mehr am algerischen Befreiungskrieg teilgenommen hat. Ein aktiver Reformier wird der in Russland ausgebildete, 74-jährige Militärstratege und Anti-Terror-Spezialist wohl nicht werden, doch wird er möglicherweise eine Persönlichkeit des Übergangs sein.

Algerien verfügt über eine lebendige Zivilgesellschaft und herausragende Akademiker und Geschäftsleute, die bislang von der politischen Macht ferngehalten wurden. Sie sind bereit, sich in einen echten Reformprozess einzubringen. Auch stehen respektierte Persönlichkeiten wie z. B. Lakhdar Brahimi oder der ehemaligen Reformpremier Mouloud Hamrouche (1989-1991) für die Leitung einer Übergangsregierung oder einer Verfassungskonferenz zur Verfügung. Aus dem „Land der Wütenden“ muss ein „Land der Hoffnung“ werden. ///



/// DR. MARTIN PABST

ist Politikwissenschaftler und Leiter
des Büros Forschung & Politikberatung,
München.

Anmerkungen

- ¹ So charakterisierte Marc Dugge Algerien bereits im Jahr 2012, vgl. Dugge, Marc: „Hogra“ in Algerien – das Land der Wütenden, in: Deutschlandfunk, 8.2.2012, https://www.deutschlandfunk.de/hogra-in-algerien-das-land-der-wuetenden.724.de.html?dram:article_id=100458, Stand: 16.12.2019.
- ² Zit. nach Dugge: „Hogra“ in Algerien.
- ³ Zit. nach Controversy Over Berber Flags Overshadows Demand for Departure of Regime Figures, in: Asharq al-Awsat, 22.6.2019, <https://aawsat.com/english/home/article/1779826/controversy-over-berber-flags-overshadows-demand-departure-regime-figures>, Stand: 16.12.2019, Übersetzung durch den Autor.
- ⁴ Islamist specter haunts Algeria, in: Arab News, 20.4.2019.
- ⁵ Zit. nach Der General gibt Befehle, in: FAZ, 10.9.2019.
- ⁶ Zit. nach Algeria election: Fresh protests as Tebboune replaces Bouteflika, in: BBC News, 13.12.19, <https://www.bbc.com/news/world-africa-50782676>, Stand: 16.12.2019, Übersetzung durch den Autor.